

Inhalt

Einleitung: Ein Déjà-vu	7
1. Wir, die Europäer	23
2. Sie, das Volk	73
Schluss: Überlegungen zur Zerbrechlichkeit und Widerstandsfähigkeit Europas	127
Anmerkungen	135
Dank	143

I. Wir, die Europäer

In seinem großen Roman *Eine Zeit ohne Tod* (2005) erzählt José Saramago von einer Gesellschaft, in der die Menschen so lange leben, dass der Tod seine existenzielle Bedeutung verliert. Anfangs sorgt die neue Realität bei den meisten für eine überwältigende Freude über die Verlängerung ihres Lebens, aber schon bald verbreitet sich ein Unbehagen – metaphysischer, politischer und praktischer Natur. Diverse Institutionen ziehen die Vorteile eines längeren Lebens in Zweifel. Die katholische Kirche bemerkt voller Sorge: »Ohne den Tod gibt es keine Auferstehung, und ohne Auferstehung gibt es keine Kirche.« Auch für Versicherungsgesellschaften bedeutet ein Leben ohne Tod eine Dezimierung ihrer Policen. Der Staat steht vor der unlösbaren Aufgabe, auf ewig Pensionen zahlen zu müssen. Familien mit älteren und kranken Angehörigen stellen fest, dass nur der Tod sie vor der Pflicht zu endloser Pflege bewahren kann. Der Premierminister warnt den Monarchen: »Wenn wir nicht wieder sterben, haben wir keine Zukunft mehr.« Schon bald entsteht eine mafiaartige Geheimgesellschaft, die Alte und Kranke in Nachbarländer schmuggelt (wo Sterben immer noch möglich ist).¹

Die Erfahrungen Europas mit einer Welt ohne Grenzen – also dem, was wir Globalisierung nennen – ähnelt Saramagos imaginiertem Flirt mit der Unsterblichkeit. Es ist die Geschichte eines wunderbaren Traums, der sich plötzlich in einen Alptraum verwandelt. An die Stelle der durch das Niederreißen von Mauern unmittelbar nach 1989 ausgelösten Begeisterung sind schwindelerregende Ängste und Forderungen nach dem Bau von Zäunen getreten. Seit

dem Fall der Berliner Mauer, der als Vorbote einer offenen Welt empfunden wurde, hat Europa 1200 Kilometer Grenzzäune errichtet oder zu errichten begonnen, die andere fernhalten sollen.

Während gestern noch die meisten Europäer den Einfluss der Globalisierung auf ihr Leben hoffnungsvoll einschätzten, sind sie heute beunruhigt über die Zukunft einer globalisierten Welt. Nach neueren Umfragen glaubt eine Mehrheit der Europäer, dass ihre Kinder es in ihrem Leben schwerer haben werden als sie selbst, und die Mehrzahl ist überzeugt, dass ihre Länder einen falschen Weg eingeschlagen haben.

Der Tourist und der Flüchtling sind zu Symbolen für die zwei gegensätzlichen Gesichter der Globalisierung geworden. Der Tourist ist der geschätzte und mit offenen Armen empfangene Protagonist der Globalisierung. Der Tourist ist der gute Ausländer. Er kommt, gibt Geld aus, lächelt, bewundert und geht wieder. Er gibt uns das Gefühl, mit der weiteren Welt verbunden zu sein, ohne dass er uns deren Probleme aufzwänge.

Der Flüchtling dagegen (der gestern noch Tourist hätte sein können) steht für die bedrohliche Seite der Globalisierung. Er bringt das ganze Elend und die Probleme der Welt da draußen mit. Er ist unter uns, aber er gehört nicht zu uns. So bemüht die griechische Regierung sich mit allen Kräften, die Flüchtlinge von den Touristenzentren fernzuhalten. Touristen anlocken und Migranten abweisen – das ist in Kurzfassung die von Europa erwünschte Weltordnung.

Im 19. Jahrhundert erfreute sich in gehobenen Kreisen ein Tanz wachsender Beliebtheit, bei dem die Teilnehmer ständig ihre Rollen und ihre Partner wechseln: die Qua-

drille. Aufgrund dieser Beliebtheit fand der Ausdruck bald auch Eingang in den metaphorischen Sprachgebrauch, und in Zeitschriftenartikeln setzte man sich mit der »Staatenquadrille« auseinander, bei der Staaten mit wechselnden Partnern neue politische Allianzen eingingen, um das europäische Machtgleichgewicht aufrechtzuerhalten.

Seit einem Jahrzehnt – seit die Lehman-Pleite eine weltweite Rezession einleitete – vollführt die EU einen Tanz mit ihren eigenen Krisen: der Eurozone, dem Brexit, der Revolution (und möglichen Konterrevolution) in der Ukraine. Ich behaupte jedoch, die Flüchtlingskrise kann als *primus inter pares* der aktuellen Krisen und als der »Tanzpartner« gelten, den die EU letztlich heimführen wird. Als einzige wirklich gesamteuropäische Krise stellt sie das politische, ökonomische und soziale Modell Europas infrage.

Die Flüchtlingskrise hat die Lage in Europa grundlegend verändert. Sie lässt sich nicht einfach durch den Zustrom von Flüchtlingen oder Arbeitsmigranten erklären. Wir erleben unter anderem auch eine Migration der Argumente, Emotionen, politischen Identitäten und Wählerstimmen. Die Flüchtlingskrise erweist sich als Europas II. September.

Die Migrationskrise oder: Warum ist das Ende der Geschichte nicht eingetreten?

Vor etwas mehr als einem Vierteljahrhundert, im heute so fern erscheinenden Jahr 1989 – einem *annus mirabilis*, das Deutsche freudig auf den Trümmern der Berliner Mauer tanzen sah –, erfasste ein Intellektueller und Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums sehr genau den

damaligen Zeitgeist. Mit dem Ende des Kalten Kriegs, so erklärte Francis Fukuyama, seien nun alle großen ideologischen Konflikte gelöst. Der Wettkampf sei vorüber, und die Geschichte habe einen Sieger: die liberale Demokratie westlichen Zuschnitts. An Hegel anknüpfend, stellte Fukuyama den Sieg des Westens im Kalten Krieg als ein positives Urteil dar, das die Geschichte selbst gefällt habe. Die Überwindung des Kommunismus sei die wunderbarste aller Revolutionen, und das nicht nur, weil sie liberal und friedlich, sondern auch, weil sie eine Revolution des Denkens sei. »Der Staat, der am Ende der Geschichte steht, ist liberal«, behauptete Fukuyama, »insofern er durch ein Rechtssystem das universelle Menschenrecht auf Freiheit anerkennt und schützt, und er ist demokratisch, insofern er nur aufgrund der Zustimmung der Regierten existiert.«² Das westliche Modell sei das einzige Ideal, der einzig mögliche Deal. Kurzfristig mochte es manchen Ländern nicht gelingen, diesem exemplarischen Vorbild zu folgen. Aber es bleibe ihnen nichts anderes übrig, als es dennoch zu versuchen.

Wenn wir die gegenwärtige Krise der EU verstehen wollen, müssen wir erkennen, dass das europäische Projekt heute intellektuell in der Idee eines »Endes der Geschichte« wurzelt. Die Europäische Union ist eine hochriskante Wette darauf, dass die Menschheit sich in Richtung einer demokratischeren und toleranteren Gesellschaft fortentwickeln wird. In einem von liberalen Patentrezepten wie der Verbesserung der Menschheit geprägten ideologischen Kontext zwingt die Flüchtlingskrise, alles grundlegend infrage zu stellen. Radikal an der Flüchtlingskrise ist nicht, dass sie uns nötigt, andere Antworten auf die 1989 aufgeworfenen Fragen zu geben, sondern dass sie die Fragen

selbst grundlegend verändert. Das geistige Fundament ist heute ein vollkommen anderes als vor fünfundzwanzig Jahren. In Fukuyamas begrifflichem Rahmen war vollkommen klar, mit welchen Fragen die Menschheit sich in Zukunft auseinandersetzen musste: Wie kann der Westen den Rest der Welt transformieren, und wie kann der Rest der Welt den Westen am besten nachahmen? Welche Institutionen und welche Politik müssen dazu übernommen und kopiert werden? Welche Bücher sollten übersetzt und neu aufgelegt werden? Wie lassen sich die alten Institutionen erweitern, und welche neuen Institutionen müssen geschaffen werden?

Die Entwicklung des Internets zu einem Massenphänomen verstärkte die Bereitschaft des Westens, Fukuyamas Sicht der Zukunft zu übernehmen. Das Ende des Kommunismus und die Geburt des Internets schienen Hand in Hand zu gehen, insofern das Ende der Geschichte eine Art Nachahmung im Bereich der Politik und der Institutionen verlangte, während es auf dem Gebiet der Technologie und des sozialen Lebens zu Innovationen einlud. Schon das Wort »Revolution« wanderte aus der Welt der Politik in die Welt der Technologie. Neunzehnhundertneunundachtzig kündigte eine Welt an, in der sich der globale Wettbewerb verschärfen würde – allerdings zwischen Firmen und Individuen statt zwischen Ideologien und Staaten. Fukuyama stellte sich einen globalen Markt vor, auf dem Ideen, Kapital und Güter frei zirkulierten, während die Menschen zu Hause blieben und ihre Gesellschaften demokratisierten. Das Wort »Migration«, das an Menschenmassen denken lässt, die nationale Grenzen überschreiten, kommt in Fukuyamas Geschichte gar nicht vor. Für ihn zählte in allererster Linie die ungehinderte Zirkulation

der Ideen. In seiner Vision sollten Ideen sich frei über alle Grenzen hinweg bewegen, mit der Folge, dass liberale Vorstellungen Herz und Kopf der Menschen erobern konnten.

Genau diese Sicht der Welt befindet sich heute in freiem Fall. Nur wenn wir deren Grundannahmen infrage stellen, können wir uns angemessen mit dem Zerfall des europäischen Projekts auseinandersetzen. Angesichts der existenziellen Krise der Europäischen Union und des beschleunigten Niedergangs der liberalen Ordnung stellt sich nicht die Frage, was der Westen falsch gemacht hat bei seinem Versuch, die Welt zu verändern, sondern die, in welcher Weise die letzten drei Jahrzehnte den Westen selbst verändert haben und warum der Versuch, seine Werte und Institutionen zu exportieren, am Ende in den westlichen Gesellschaften zu einer Identitätskrise führte. Dass so viele Europäer im Strom der Migranten so vorbehaltlos einen Beweis für das Versagen der Demokratie erblicken, ist symptomatisch für die aktuellen Probleme. Nur eine radikale Neubewertung der unbeabsichtigten Folgen des Endes des Kalten Kriegs kann uns bei der Erklärung weiterhelfen, warum zornige Populisten bei den Wahlen in der gesamten westlichen Welt Erfolge feiern und warum liberale Vorstellungen von Toleranz, wohlfeil auf einen karierten Begriff von »political correctness« reduziert, inzwischen als Gefahr für das Volk gelten.

Statt der Ideen, in denen Fukuyama den zukunftsprägenden Motor des Fortschritts erblickte, werden nun die Millionen legal oder illegal in die Europäische Union kommenden Migranten die europäische Geschichte des 21. Jahrhunderts bestimmen. Oder anders gesagt, Migranten sind die geschichtlichen Akteure, die über das Schicksal des europäischen Liberalismus entscheiden werden. Die zentrale

Bedeutung der Migrationskrise in der europäischen Politik zwingt uns indessen, nicht nur die Zukunft anders zu sehen, sondern auch die Vergangenheit neu zu interpretieren.

Zur selben Zeit, als Fukuyama unter dem begeisterten Beifall der politischen Eliten des Westens das Ende der Geschichte verkündete, legte ein anderer amerikanischer Politikwissenschaftler, Ken Jowitt von der University of California in Berkeley, eine ganz eigene Interpretation der Beendigung des Kalten Kriegs vor – nicht als Zeit des Sieges, sondern als Beginn von Krisen und Traumata, als eine Zeit, in der die Fundamente für die von ihm so genannte »neue Weltunordnung« gelegt wurden.³ Der angesehene Kalte Krieger, der sein berufliches Leben mit Untersuchungen dazu verbrachte, in welcher Weise periphere kommunistische Regime wie Ceaușescus Rumänien das sowjetische Modell verändert hatten, stellte Fukuyamas These infrage, wonach das Ende des Leninismus gleichsam ein »chirurgischer Schlag« sei, »der die übrige Welt weitgehend unberührt lasse«. Jowitt meinte hingegen, man müsse das Ende des Kommunismus eher

mit einem katastrophalen Vulkanausbruch vergleichen, der anfangs und unmittelbar nur die politischen »Biota« der Umgebung [d. h. andere leninistische Regime] betrifft, aber höchstwahrscheinlich weltweit Auswirkungen auf die Grenzen und Identitäten haben wird, die seit einem halben Jahrhundert die Welt in politischer, ökonomischer und militärischer Hinsicht bestimmt und geordnet haben [...].⁴

In Fukuyamas Augen war die Welt nach dem Kalten Krieg immer noch von einer formalen Ordnung geprägt, in der Staatsgrenzen weiterhin Bestand hatten, aber nicht länger die Macht besaßen oder Anreize boten, Kriege und Kon-

flikte auszulösen. Er glaubte, dass sich eine postmoderne Staatsidee ausbreiten werde, in der Werte wichtiger als Interessen seien, eine suprastaatliche Struktur, als deren Verkörperung ihm – kaum überraschend – die Europäische Union erschien. Jowitt zeichnete jedoch ein weitaus düsteres Bild der Zukunft. Er rechnete mit neugezogenen Grenzen, umgemodelten Identitäten, immer häufigeren Konflikten und lähmender Unsicherheit. Er hielt die postkommunistische Periode nicht für ein Zeitalter der Nachahmung mit ein paar eingestreuten dramatischen Ereignissen, sondern für eine schmerzvolle, gefährliche Zeit mit zahlreichen dystopischen, mutierten und unberechenbaren Regimen. In Fukuyamas Augen bildete Europa das Modell für die kommende liberale Weltordnung. Jowitt dagegen sah in Europa das Epizentrum der neuen Weltunordnung.

Jowitt war wie Fukuyama der Ansicht, dass keine universelle Ideologie entstehen und die liberale Demokratie herausfordern werde, aber der Gedanke einer postideologischen Politik bereitete ihm Sorgen. Fukuyama hielt es nicht für seine Aufgabe, auf all die »Herausforderungen des Liberalismus durch verrückte Erlösergestalten in aller Welt« oder auf die absonderlich illiberalen Vorstellungen zu reagieren, die »irgendwelche Leute in Albanien oder Burkina Faso entwickeln«.⁵ Jowitt war hier anderer Meinung. Der Berkeley-Professor sah die Wiederkehr unterdrückter ethnischer, religiöser und tribaler Identitäten voraus. In seinen Augen begann mit dem Ende der Geschichte ein Zeitalter des Ressentiments. Das Fehlen einer gegen den Liberalismus gerichteten universalistischen Ideologie bedeutete nicht das Ende aller Revolutionen, sondern konnte auch Revolten gegen die Idee der Univer-

salisierung schlechthin und gegen die verwestlichten kosmopolitischen Eliten auslösen, die diese Idee vertraten.

Jowitt sagte voraus, dass wir uns in einer hochgradig vernetzten, aber von ökonomischer, politischer und kultureller Vielfalt oder Ungleichheit geprägten Welt auf explosive Wutausbrüche und »Wutbewegungen« gefasst machen sollten, die aus der Asche geschwächter Nationalstaaten hervorgehen würden. In Jowitts Augen ähnelte die nach dem Kalten Krieg entstandene Ordnung einer »Single-Bar«, in der

Leute zusammenkommen, die einander nicht kennen, die – umgangssprachlich gesagt – dort abhängen, zu sich nach Hause gehen, Sex haben, einander niemals wiedersehen, sich nicht an die Namen der anderen erinnern können, wieder in die Bar gehen und neue Leute treffen. Es handelt sich also um eine Welt ohne Bindungen.⁶

Diese Welt ist zwar reich an Erfahrungen, eignet sich aber nicht zur Bildung einer stabilen Identität und zum Aufbau von Treueverhältnissen.

So kann es denn nicht verwundern, dass wir als Reaktion darauf die Wiederkehr der Sperren und Schutzwälle als der ersehnten Grenzen für Menschen und Staaten erleben. Jowitt greift hier auf eine vielsagende Metapher zurück: »Die Barrikade gleicht der römisch-katholischen Ehe. Ist Letztere erst einmal geschlossen, kann sie nicht mehr geschieden werden.«⁷ Genau dieser Übergang von der bindungslosen Welt der neunziger Jahre zur verbarrikadierten Welt unserer Zeit verändert die Rolle der Demokratie. Er ersetzt Demokratie als eine Staatsform, welche die Emanzipation von Minderheiten fördert (Schwulenparaden, Frauenmärsche, Minderheitenförderung), durch Demokratie als ein politisches Regime, das die Vorurteile

von Mehrheiten stärkt. Und die vom Flüchtlings- und Migrantenstrom ausgelöste politische Erschütterung ist die treibende Kraft hinter dieser Transformation. Nach einer Studie des Londoner Thinktanks Demos, die lange vor der Brexit-Entscheidung vor und Donald Trumps Sieg bei den Präsidentschaftswahlen durchgeführt wurde, ist die Ablehnung der liberalen Migrationspolitik das entscheidende Merkmal der Anhänger rechtspopulistischer Parteien.⁸ Das Versagen des Liberalismus bei der Bewältigung des Migrationsproblems und nicht die Wirtschaftskrise oder die wachsende soziale Ungleichheit erklärt, warum die Öffentlichkeit sich gegen ihn wendete. Die Unfähigkeit und die mangelnde Bereitschaft liberaler Eliten, die Migration und deren Folgen zum Gegenstand der Diskussion und der politischen Auseinandersetzung zu machen, wie auch die Behauptung, die gegenwärtige Politik sei für alle Beteiligten von Vorteil (eine Win-win-Situation), haben dazu geführt, dass der Liberalismus in den Augen vieler Menschen zum Synonym für Heuchelei geworden ist. Diese Revolte gegen die Heuchelei der liberalen Elite hat die politische Landschaft Europas radikal verändert.

Wie der freie Fluss der Ideen dazu beitrug, den Kommunismus (und damit den Kalten Krieg) zu begraben, so hat der Strom von Menschen über die Grenzen der EU und der Vereinigten Staaten die nach dem Kalten Krieg entstandene Ordnung begraben. Die Flüchtlingskrise hat die Nutzlosigkeit des nach 1989 herrschenden Paradigmas und vor allem auch die Unfähigkeit der Institutionen und Regelwerke des Kalten Kriegs zur Bewältigung der Probleme der heutigen Welt erwiesen. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 gehört zu den spektakulärsten Beispielen für dieses Versagen.

Die Genfer Flüchtlingskonvention ist ein im Rahmen der Vereinten Nationen abgeschlossener multilateraler Vertrag, der definiert, wer ein Flüchtling ist, und der die Rechte von Menschen, denen Asyl gewährt wird, wie auch die Pflichten der Asyl gewährenden Staaten umreißt. Artikel 1 in der durch das Protokoll von 1967 ergänzten Fassung definiert den Flüchtling als eine Person, die

aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will [...].⁹

Es liegt auf der Hand, dass die Konvention mit Blick auf Europa formuliert wurde, insbesondere auf die Flüchtlinge des Zweiten Weltkriegs und jene, die in den ersten Jahren des Kalten Kriegs aus dem kommunistischen Osten flohen. Sie war niemals für große Menschenmassen außerhalb des Westens gedacht, die in den Westen kommen. Schließlich bestand die Welt 1951 teilweise noch aus europäischen Kolonialreichen.

Die aktuelle Migrationskrise in Europa und die Unfähigkeit der Flüchtlingskonvention, ihr gerecht zu werden, bilden in diesem Zusammenhang einen Wendepunkt für die Erarbeitung einer neuen Sicht auf unsere heutige Welt. Was bis gestern noch als eine durch das Ende des Kalten Kriegs bestimmte Zeit verstanden wurde, wirkt heute zunehmend wie eine Wiederkehr der Dekolonisierung. Aber

während in der ersten Runde der Dekolonisierung vorwiegend Kolonisten in ihre Heimat zurückkehrten, fällt die aktuelle Dekolonisierungsphase mit einer Migration der »Kolonisierten« in die kolonialen Mutterländer zusammen. Vor einem halben Jahrhundert nutzten die Kolonisierten das europäische Versprechen der Selbstbestimmung als Grundlage für ihre Befreiung; jetzt beanspruchen sie den Schutz der Menschenrechte, um ihr Recht zu verteidigen, in Europa willkommen zu sein.

In rechtlicher wie in praktischer Hinsicht ist es überaus sinnvoll, eine klare Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Migranten zu treffen. Schließlich sind sie nicht notwendig dasselbe. Migranten verlassen ihre Heimat in der Hoffnung auf ein besseres Leben, während Flüchtling aus ihrer Heimat fliehen, um ihr Leben zu retten. Aber um den radikalen Charakter der Herausforderung zu verdeutlichen, vor welche die massenhaften Wanderungsbewegungen die Wahrnehmung der Europäer heute stellen (der Kern meiner Analyse), werde ich die Ausdrücke »Migranten«, »Migrationskrise« und »Flüchtlingskrise« als austauschbar verwenden. Trotz beträchtlicher Unterschiede des politischen Kontexts hat die gegenwärtige Situation Ähnlichkeit mit dem, was die Menschen in den sechziger Jahren erregte. Verängstigte Mehrheiten fürchten, dass Fremde ihre Länder übernehmen und ihre Lebensweise bedrohen könnten, und sie sind davon überzeugt, dass die gegenwärtige Krise auf eine Verschwörung kosmopolitisch gesinnter Eliten und in Stammesdenken befangener Immigranten zurückgeht. Diese bedrohten Mehrheiten repräsentieren nicht die Sehnsüchte der Unterdrückten, sondern die Frustrationen der Mächtigen. Es ist kein Populismus »des Volkes«, der in einem romantischen Natio-

nalismus gefangen wäre, wie dies vor einem Jahrhundert der Fall war. Er basiert vielmehr auf demographischen Prognosen, die Europa eine sinkende Bedeutung in der Welt prophezeien, und auf der Erwartung eines massenhaften Zustroms von Menschen nach Europa. Es ist ein Populismus, auf den die Geschichte uns nur schlecht vorbereitet hat. In mancherlei Hinsicht haben die Menschen, die heute in Europa für die extreme Rechte stimmen, ähnliche Gefühle wie die französischen *pieds-noirs*, die während des Unabhängigkeitskriegs gezwungen waren, Algerien zu verlassen. Beide sind radikalisiert und fühlen sich betrogen.

Michel Houellebecq's umstrittener und heißdiskutierter Roman *Unterwerfung* erfasst noch am besten den Molotowcocktail aus Nostalgie und Fatalismus, den die neuen Populisten anzünden und vor dem ein angsterfülltes Europa zittert.¹⁰ François, der Protagonist des Romans, ist ein Literaturwissenschaftler Mitte vierzig, der an der Sorbonne lehrt, allein lebt, sich von Fertiggerichten ernährt und gelegentlich mit einigen seiner Studentinnen schläft. Er hat keine Freunde (aber auch keine Feinde) und engagiert oder interessiert sich für nichts außer der französischen Literatur des 19. Jahrhunderts. François sucht im Internet nach Pornographie, ist Stammkunde bei Sexarbeiterinnen und macht deutlich, wie das toxische Gemisch aus Konformismus und politischer Korrektheit in Frankreich den Islam an die Macht bringt und das Land in ein aufgeklärtes Saudi-Arabien verwandelt. Der norwegische Schriftsteller Karl Ove Knausgård schreibt über den Roman, betrachte man nur die mitgeteilten Fakten, entstehe der Eindruck, »dass wir es hier mit Einsamkeit, Lieblosigkeit, Sinnlosigkeit [...] und der Unfähigkeit zu tun haben, Gefühle zu entwickeln oder Nähe zu anderen herzustellen.«¹¹